



„Lex Dresden“ im Koalitionsvertrag bedient Allmachtsphantasien der CDU

von André Schollbach

Im kommenden Jahr werden durch den Stadtrat sechs von sieben Beigeordneten neu gewählt. Denn bis auf den Finanzbürgermeister endet die Wahlperiode der derzeitigen Amtsinhaber. Mit der Bildung einer Gestaltungsmehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten wird sich auch die Zusammensetzung der bislang CDU-dominierten Beigeordnetenriege deutlich ändern.

Dies versucht die CDU jetzt mit allen Mitteln zu verhindern und will dazu auf Landesebene sogar die Sächsische Gemeindeordnung ändern. Dazu hat sie im CDU-SPD-Koalitionsvertrag eine Regelung durchgesetzt, wonach für die Bestellung von Beigeordneten in den Kommunen eine „Einvernehmensregelung“ eingeführt werden soll. Würde diese Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung Realität, könnte ein Oberbürgermeister die Wahl von Beigeordneten durch eine ihm missliebige Stadtratsmehrheit nach eigenem Gutdünken blockieren, indem er schlicht die Erteilung seines Einvernehmens verweigert.

Parteilpolitisch motiviertes Manöver

Erst im letzten Jahr wurde die sächsische Gemeindeordnung komplett überarbeitet – da sah selbst die CDU diesen Änderungsbedarf nicht. Nachdem nun aber in der Landeshauptstadt Dresden die Kon-

servativen die Kommunalwahl verloren haben und eine fortschrittliche Gestaltungsmehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten die Mehrheit stellt, soll offensichtlich die Umsetzung des Wählerwillens behindert werden. Es handelt sich also um eine „Lex Dresden“, ein parteipolitisch motiviertes Manöver, das allein der Befriedigung und Durchsetzung der Allmachtsphantasien der CDU dient.

Indes hat die neue Mehrheit im Dresdner Stadtrat bereits zu Beginn der Wahlperiode deutlich gemacht, dass auch die CDU in der Beigeordnetenriege vertreten sein soll. Diese Position wird von LINKEN, Grünen und Sozialdemokraten seit vielen Jahren vertreten und hat sich auch mit den Ergebnissen der Kommunalwahl nicht verändert. Gleichwohl will die CDU unbedingt die Gemeindeordnung ändern. Dies zeigt, dass sie entgegen des Kommunalwahlergebnisses und unter Anwendung schmutziger Tricks weiterhin die dominierende Rolle in der Beigeordnetenriege zu spielen beabsichtigt.

Die Wählerinnen und Wähler in Dresden können jedoch ihrerseits einen Beitrag zur Lösung des Problems leisten: nämlich keinen CDU-Oberbürgermeister bzw. keine CDU-Oberbürgermeisterin mehr zu wählen, von deren gnädigem Einvernehmen die Besetzung von politischen Leitungsfunktionen im Rathaus abhängig gemacht werden könnte.



Foto: Olga Meier-Sander / pixelio.de

Die Geschäftsstelle der LINKEN im Dresdner Stadtrat bekommt Verstärkung

von Thomas Feske

Unsere Fraktion ist Ende September noch einmal um zwei Stadträte gewachsen. Zusätzliche Größe bringt nicht nur mehr kommunalpolitisches Gewicht, sondern auch einen höheren Arbeitsaufwand für die Geschäftsstelle im Rathaus mit sich. Um diesen zu bewältigen, komplettiert Susann Dietzschold (30) unser Team. Sie studiert Soziologie an der TU Dresden und wird voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres ihr Bachelorstudium abschließen. Und ganz

„nebenbei“ ist sie noch stellvertretende Vorsitzende der Dresdner Piraten. Susann ist Eishockeyfan und bewegt sich sicher auf dem politischen Glatteis – nicht zuletzt wegen ihrer zahlreichen Erfahrungen in der Pressearbeit und als Angestellte einer Anwaltskanzlei. Auch die Praktikumsstelle ist besetzt: Robert Bleicke (27) wird bis Februar neben seinem Lehramtsstudium als Frühauflieger morgens das Büro aufschließen. Seine Aufgabenfelder werden im



Foto: Pauline / pixelio.de

Bereich der Pressearbeit und in der Unterstützung der Internet-Öffentlichkeitsarbeit liegen. Er bekommt zudem einen exklusiven Einblick hinter die Kulissen des Dresdner Politikbetriebes. Robert ist zudem in der Neustadt aktiver Genosse. Die Haushaltsdebatte und die Suche nach einem neuen Stadtoberhaupt bringen sicherlich spannende und mitunter turbulente Wochen mit sich – wir freuen uns nicht zuletzt deshalb über die Verstärkung.

TTIP - Auswirkungen des Freihandelsabkommens vor Ort

von Pia Barkow

Am 11. Oktober fanden in Dresden im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen das Freihandelsabkommen TTIP Proteste statt. Mitglieder des Stadtverbandes haben sich an der von attac organisierten Aktion in Dresden beteiligt. Mit einer Binde über den Augen – als Symbol für die undurchsichtige Verhandlungsführung – zogen wir von der Kreuzkirche über die Prager Straße bis zum Hauptbahnhof. Der sehr bunte und muntere Protest zeigte neben dem großen Interesse der Passant_innen aber auch eines sehr deutlich: Die Auswirkungen des Handelsabkommens sind noch sehr unbekannt, viel zu abstrakt und kaum greifbar. Was genau bedeutet nun die „Investitionsschutzregelung“, die „Marktliberalisierung“ oder die Ausschreibungspflicht für Dienstleistungen konkret für die Kommune?

Die „Investitionsschutzklausel“ besagt, dass Investor_innen nicht realisierte Gewinne einklagen können, sofern Rahmenbedingungen verändert werden und damit die ursprünglich geplanten „legitimen Erwartungen“ verringern. Aufgeschlüsselt bedeutet das, dass Investitionen auf Basis heutiger Rahmenbedingungen getätigt werden und Unternehmen entsprechend bestimmte Gewinne in den kommenden Jahren erwarten. Soweit so normal. Nun sieht aber das TTIP vor, dass wenn bei Veränderung der Rahmenbedingungen die eigentlich geplanten Gewinne nicht erzielt werden, die Investor_innen Anspruch auf Ersatz dieser vermeintlich legitimen, aber nicht erzielten Gewinne haben. Änderungen der Rahmenbedingungen könnten z.B.



höhere Umweltauflagen, Sozialstandards oder stadtplanerische Maßnahmen sein – also Bedingungen, die tatsächlich häufig geändert werden, ganz einfach weil neue Erkenntnisse gewonnen wurden, Zustände als verbesserungswürdig betrachtet werden – schlicht und ergreifend weil es Aufgabe der Politik ist, Rahmenbedingungen zum Wohle der Bevölkerung zu schaffen und zu verändern.

Hierzu ein Beispiel: Angenommen ein US-amerikanisches Unternehmen kauft in Dresden Bauland, um Wohnungen zu errichten. Aktuell werden in dieser Wohnlage Mieten von x Euro/ pro Quadratmeter erzielt. Nehmen wir an, die Stadt Dresden würde bewirken, dass in genau diesem Viertel die neue Mietpreisbremse zum Tragen kommt und Mietpreise bei Neuvermietungen höchstens 10% über dem Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Dies könnten die Investor_innen als Bruch ih-

rer „legitimen Gewinnerwartungen“ werten und entgangene Gewinne einklagen.

Die Marktliberalisierung sieht vor, dass alle Wettbewerber_innen gleich behandelt werden müssen. Auch hierzu ein Beispiel: Angenommen die Stadt Dresden entscheidet sich, kleinteiligen Einzelhandel vor Verdrängung zu schützen, indem Betriebsgenehmigungen für Einkaufszentren oder großflächigen Einzelhandel in bestimmten Regionen nicht erteilt werden. Hier könnten Investor_innen auf „Marktzugangspflichten“ aufgrund der Gleichbehandlung pochen und die Betriebsgenehmigung einklagen.

Im Dienstleistungsbereich enthält das Abkommen Bestimmungen, die für die Kommune u.a. bedeuten, dass mit wenigen Ausnahmen, Aufträge der öffentlichen Daseinsfürsorge immer international ausgeschrieben werden müssen.

Selbst auferlegte Vergaberegeln, etwa, dass Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die einen Mindestlohn zahlen, eine Frauenquote einhalten oder nach bestimmten Umweltstandards arbeiten – könnten als Verstoß gegen den Marktzugang ausgelegt werden. Denn TTIP sieht vor, dass stets das wirtschaftlichste – und damit das billigste – Angebot genommen werden muss.

Auch hierzu ein Beispiel: Für Schul-sanierungen müsste die Stadt Dresden stets die Firma mit dem billigsten Angebot beauftragen und dürfte den Auftrag nicht nach selbstgesteckten Kriterien vergeben – etwa an eine örtliche Firma, eine, die besonders ökologisch und nachhaltig arbeitet oder Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Auch wenn das der politische Wille wäre.

Wie diese kurze Darstellung deutlich zeigt, schränkt TTIP die Handlungsmöglichkeiten der demokratisch gewählten kommunalen Vertreter_innen enorm ein. Sie müssen ständig fürchten, dass Beschlüsse erhebliche Schadensersatzklagen nach sich ziehen könnten. Die logische Folge wäre, dass in vorauseilendem Gehorsam keine Verordnungen oder Satzungen mehr erlassen bzw. geändert werden, die Investor_innen um ihre Gewinne bringen könnten, obwohl die möglicherweise erhebliche Vorteile für die Stadtbevölkerung bringen würden. Die Verabschiedung des Freihandelsabkommens TTIP stellt somit die kommunale Selbstverwaltung grundsätzlich infrage.

Lehrbeauftragte der Hochschulen wehren sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen

Moderne Tagelöhner

von Annetrin Klepsch

Das Land Sachsen verweist gern auf seine Traditionen als Kulturland und Wissenschaftsstandort. In diesem Jahr begehen die beiden sächsischen Kunsthochschulen, die HFfBK Dresden und die Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig, ihren 250. Geburtstag. Ähnliche Schwestern im Bereich der Musik sind die Leipziger Hochschule für Musik und Theater und die Dresdner Musikhochschule. Ähnlich sind auch die Probleme der Hochschulen hinsichtlich der Finanzierung und der Personalpolitik. Die Dresdner Musikhochschule bildet zukünftige OrchestermusikerInnen, KomponistInnen, SängerInnen, MusikpädagogInnen und auch SchulmusikerInnen aus.

Die Arbeitsbedingungen eines wachsenden Anteils der Lehrkräfte sind kaum existenzsichernd, sondern Ausdruck eines erodierenden Mittelbaus an den Hochschulen deutschlandweit. Ging man in der Vergangenheit davon aus, dass Lehrkräfte an Musikhochschulen entweder ordentliche Professuren innehaben oder als fest angestellte DozentInnen oder OrchestermusikerInnen ein regelmäßiges tariflich geregeltes Einkommen erzielen und vorrangig sogenannte Randfächer durch Lehrbeauftragte mit Honorarvertrag unterrichtet werden, ist das Gleichgewicht längst ausgehöhlt.

An der Dresdner Musikhochschule wird mit 48 Prozent bereits fast die Hälfte der Lehre durch Lehrbeauftragte erbracht. Es handelt sich also nicht mehr um Randbereiche, die nur zeitweise oder in geringem Stundenumfang unterrichtet werden. Für die betroffenen Lehrkräfte bedeutet die dauerhafte prekäre Beschäftigung, nicht langfristig planen und auch keine oder kaum Altersvorsorge treffen zu können. Ursprünglich dienen Lehraufträge an den Musikhochschulen dem Praxistransfer, sprich gestandene KünstlerInnen sollten ihre Erfahrungen aus der Bühnentätigkeit in die Lehre einbringen. Die Verhältnisse sind jedoch längst gekippt, weil Hochschulen das Instrument des Honorarvertrages zur Haushaltskonsolidierung nutzen.

Die Unterfinanzierung der Hochschulen versetzt diese in die Situation, statt fester Stellen für regelmäßige Lehrinhalte zunehmend stundenweise Honorarverträge abzuschließen, die allerdings bei 10,5 Unterrichtsstunden pro Woche gedeckelt sind. Die Situation der Lehrbeauftragten ist bundesweit und an vielen Hochschulen durch prekäre Beschäftigung gekennzeichnet, was inzwischen zu Solidarisierungen führt.

Die Deutsche Orchestervereinigung (DOV) und die Gewerkschaft Erziehung

und Wissenschaft (GEW) riefen deshalb am 6. November zu einem bundesweiten Aktionstag „Leere Lehre“ auf, um die schwierige Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen zu thematisieren. Die GEW legte aus Anlass des Aktionstages ein Positionspapier zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Hochschulen vor, das konkrete Forderungen an die Hochschulpolitik aus dem Templiner Manifest und dem Herrschinger Kodex benennt.

Wesentliche Forderungen sind die Einbeziehung aller Tätigkeiten in die Vergütung einschließlich der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, eine Aufnahme in die Personalvertretungsgesetze, die Anpassung der Lehrauftragvergütungen an den TV-L und der grundsätzlich ergänzende Charakter der Lehraufträge durch die Ausweitung unbefristeter Arbeitsverträge für regelmäßige Lehrtätigkeiten.

Die Koalitionsverhandlungen der neuen schwarz-roten Landesregierung haben ergeben, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik in den nächsten fünf Jahren in den Händen der SPD liegt. Der mehrseitige Hochschulteil im Koalitionsvertrag thematisiert die Beschäftigungssituation der Lehrbeauftragten an den Hochschulen überhaupt



Foto: Annetrin Klepsch

nicht, sondern die geplante Deckelung der Studierendenzahlen und einen Aufschub des Stellenabbaus nur dann, wenn die Hochschulen bereit sind, sich mit Zielvereinbarungen dem Diktat der Landesregierung zu unterwerfen. Im Regierungsprogramm 2014-2019 der SPD heißt es: „Zur Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse werden wir im Dialog mit den Hochschulen verbindliche Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse festlegen. Wir wollen auch die Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten, Honorarkräften sowie studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften verbessern und ihre Mitsprache über ein modernes sächsisches Personalvertretungsgesetz sichern.“

Die SPD wird sich daran messen lassen müssen, wie ernst sie es meint mit ihren Forderungen aus dem Wahlkampf 2014.

Wachstum braucht Gestaltung

von Dr. Kris Kaufmann

Erst Schritt für Schritt nehmen die Fachausschüsse ihre Arbeit nach der Kommunalwahl im Sommer wieder auf. Längst liegt mehr Abstimmungsarbeit auf den Tischen der Räte, als sich ein normaler Ehrenamtler vorstellen kann. Im Bereich der Stadtentwicklung und des Wohnens stellen sich Investoren vor und werben um ihre Idee bzw. Investition, Bürger benötigen Hilfe oder Unterstützung, es läuft umfänglichste Abstimmungsarbeit – innerhalb der Fraktion und mit den KollegInnen von SPD und Grünen.

Längst wird deutlich, dass in den vergangenen Jahren viele Entscheidungen im Kleinen im Bereich der Stadtentwicklung entgegen den strategischen und damit übergeordneten Zielen getroffen wurden. Umso dringlicher erscheint es, bestimmte Entscheidungen, wo möglich, zu überdenken und nicht das durch politisch motivierte Ausnahmen im Detail zu zerstören, was als Fehlentwicklung auf gesamtstädtischer Ebene in jeder Dresdener bzw. auch bundesdeutschen Stadtkonzeption zu lesen ist.

DIE LINKE will langfristig gestalten. Nicht allein zum Wohle eines einzelnen Investors, sondern zum Wohle der Gesamtstadt. Die Wut einer Investorin, die im Überflutungsgebiet ein neues Wohngebiet auf aktuell noch fremden Grund und Boden plant und ihre Felle davon schwimmen sieht, ist aus ihrer Sicht verständlich. Die Frage, ob eine Annäherung durch Schmähschriften mittels gekaufter Anzeigen in Tageszeitungen zum Erfolg führen werden, kann klar mit Nein beantwortet werden. Vielmehr ist dieses Grundstück in Wasserlage Teil eines über 50 ha großen Puzzles, was nur nachhaltig gemeinsam mit Flächeneigentümern und Investoren entwickelt werden soll und kann. Auch hier in der Leipziger Vorstadt haben die Wähler entschieden und ihr Votum war klar: Ja zur Entwicklung und gleichzeitigem Schutz vor neuen Überflutungen, aber nein zu



Foto: Fritz Zühlke / pixelio.de

Gated-Community ähnlichen Wohnanlagen als Bollwerk gegen das Wasser.

Die Neuaufstellung eines neuen, gebietsverträglichen Bebauungsplanes ist Ergebnis intensiver Zusammenarbeit und Abwägung und gleichzeitig Beginn der Überarbeitung des Rahmenplanes für das Gebiet.

Komplett anders gestaltet sich die Lage am Dresdener Stadtrand in Schönfeld-Weißig am Querweg. Hier stehen wir aktuell am Ende eines seit mehreren Jahren andauernden Planungsverfahrens, mit dem Ziel, Wohneigentum für Dresdner zu schaffen. Dieses durchaus umstrittene Projekt mit seinen 17 Häusern eignet sich nicht für eine grundlegende Weichenstellung. In der Endphase der Planung noch einmal das Ruder herumreißen zu wollen, macht zwar politisch und symbolisch Sinn, ist aber lebensweltlich wenig akzeptabel. Wir bestrafen damit zu Vorderst Menschen, die seit Jahren für sich und ihre Familie ein Haus bauen wollen. Aus Sicht der LINKEN muss an dieser Stelle vor allem zwingend ein nähräumlicher Ausgleich für den Verlust an Freiflächen gefunden und dafür Sorge

getragen werden, dass das Naturdenkmal Hutberg nicht gefährdet wird. Auch wenn es dieses Wohngebiet als solches nicht weniger problematisch macht, zeigt es, dass Schwarz-Weiß-Malerei im Konkreten wenig sinnvoll ist. Dies ist definitiv kein Plädoyer für dieses Wohngebiet am Stadtrand im Grünbereich der Siedlung. Der Querweg sollte aber in dieser Weise auch nicht als Symbol eines gewandelten Planungsverständnisses dazu führen, dass wir Dresdener Familien zeigen, wo der machtpolitische Hammer nun hängt, sondern sollten uns an anderer Stelle bei bewussten, langfristig wirksamen und damit nachhaltigen Weichenstellungen messen lassen.

Mit anderen Worten wäre es durchaus politisch legitim, dass ganze Bauvorhaben platzen zu lassen. Damit wäre ich ideologisch mit mir sehr im Reinen. Es wäre aber auch legitim, dass wir nicht Familien für viele Jahre verfehlter Planungspolitik mit einem Handstreich bestrafen. Ich halte letzteren Schritt für den mutigeren.

Denn egal wo, Dresden benötigt für eine wachsende Zahl an Bewohnern Wohn-

raum. Und hier rede ich keineswegs nur von Menschen, die Dresden freiwillig als ihren Wohnort wählen konnten. Viele tausend Flüchtlinge werden in den nächsten Jahren erwartet. Mittelfristig schnell ihre Zahl hoch von unter 900 auf über 3.000. Alle Ankommenden sollen und müssen menschenwürdig leben können. Und hier denke ich nicht zu allererst an bautechnisch fragliche Gebäude, Schlafräume für sechs Personen oder Turnhallen. Umso befremdlicher ist es, dass erste Unterschriftenlisten ausliegen, um bspw. ein Asylbewerberheim in Langebrück zu verhindern. Umso befremdlicher ist es aber auch, dass im aktuellen Haushaltsentwurf trotz großer Versprechungen der Oberbürgermeisterin ein Wohnkonzept für die Stadt Dresden zu erarbeiten, ein Null-Etat ausgewiesen ist. Selbst für das in der Vergangenheit bereits im Sommer des jeweiligen Jahres bereits überzeichnete stadteneigene Förderprogramm für den behindertengerechten Umbau im Bestand stehen aktuell keine – ich betone – keine Gelder zur Verfügung. Bauherrengemeinschaften werden wie bisher auf dem Papier, aber nicht durch den Willen zu einer praktischen Unterstützung, bei ihren Wohnbauvorhaben unterstützt. Wo irgend möglich werden kommunale Grundstücke zu höchstmöglich erzielbaren Preisen veräußert, um an liquide Mittel zu kommen. Auch hier gilt: Dass was aus der Froschperspektive Sinn macht – Sie sind doch auch für Wohnen, oder?! –, aus der Vogel- oder Langfristperspektive heraus schwer umkehrbar ist. Meines Erachtens muss diese Stadt jeder noch so kleinen Zipfel, der sich auch für kommunalen und einen auf Stadtteileinbindung orientierten Wohnungsbau eignet, der in Sozialbindungen für Investoren versehbar ist – den Zuschlag erteilen. Denn die Langfristrechnung geht sonst für eine wachsende Stadt wie Dresden definitiv nicht auf.

Signal für eine Willkommenskultur in Dresden

von Kristin Hofmann

In Dresden wird die Debatte darüber, wie die Unterbringung von hier Schutz suchenden Flüchtlingen gelingen kann, teils heftig geführt. Die Ortsbeiräte der LINKEN im Ortsamtsbereich Neustadt haben vor diesem Hintergrund eine Erklärung in den Ortsbeirat eingebracht, die durch die Ortsbeiräte aller Parteien unterstützt wird und damit ein Signal für eine Willkommenskultur in unserem Stadtteil setzt:

„Die Fraktionen des Ortsbeirates Neustadt rufen anlässlich des Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember zu Engagement und Hilfe für die ankommenden Flüchtlinge auf. In Dresden werden in den nächsten Monaten viele Menschen ein neues (Übergangs-)Zuhause finden. Sie sind unerschuldet aus ihrer Heimat geflohen, die nicht mehr sicher genug war.

Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass sie hier in Dresden, in unserer Stadt, in der wir uns sicher und Zuhause füh-



Bereits im Januar 2013 fand auf Initiative der Neustädter OrtsbeirätInnen der LINKEN in Dresden der Neujahrsempfang des Ortsamtes Neustadt im ehemaligen Wohnungslosenheim in der Buchenstraße statt. André Barth hieß asylsuchende Menschen aus dem Libanon, aus Afghanistan, Pakistan und Syrien herzlich willkommen.

Foto: Andreas Naumann

len dürfen, von uns allen herzlich willkommen heißen werden. Helfen kann vielfältig sein: Spenden von Kleidung, Geschirr, Fahrrädern, technischen Geräten und Sportartikeln; Organisation von Sprachkursen und Freizeitangeboten; Öffentlichkeit schaffen, die Argwohn abbaut und das Kennenlernen fördert. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich, wenn Sie helfen möchten, an die Bürgerstiftung Dresden wenden.

Ortsamtsleiter André Barth unterstützt die Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte und hofft, dass sich viele Menschen in der Neustadt bereit erklären, sich für Vielfalt und Willkommenskultur zu engagieren.“

Kristin Hofmann ist Ortsbeirätin in Dresden-Neustadt

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Annetkatrin Klepsch, Pia Barkow, Kristin Hofmann, Thomas Feske, Kerstin Wagner, Dr. Kris Kaufmann, Martin Hilbig
Fotos: pixelio.de, NAMF
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 10.12.2014
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Hilflos sind die anderen – Von der richtige Hilfe im falschen System

Asyl in Dresden

Die mediale Aufmerksamkeit für die geplante Unterbringung der neu ankommenden Asylsuchenden in Dresden ist enorm, aber wie sieht es eigentlich mit Unterstützungsangeboten aus?

von Kerstin Wagner

Menschenwürde sei „migrationspolitisch nicht zu relativieren“, betonte das Bundesverfassungsgericht 2012. Trotzdem sollen die deutschen Asylgesetze eher der Abschreckung dienen als dazu, Flüchtlinge anzuerkennen, menschenwürdig unterzubringen und bedarfsgerecht zu betreuen. Doch genau das ist unsere Aufgabe! Die Augen vor den Gründen für die geopolitischen Entwicklungen zu verschließen, hilft hier nicht weiter, der Anteil, den deutsche Militärexporte an den Kriegen im Nahen Osten haben, kann nicht beziffert werden, einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingszahlen und Kriegen zu leugnen, wäre jedoch naiv. Rüstungsexporte zu stoppen und friedliche Lösungen zu unterstützen, wird von der LINKEN nicht nur auf Bundesebene zu Recht gefordert.

In den Kommunen ist jedoch konkrete Unterstützung der Hilfebedürftigen angebracht: Jeder Einzelne kann Menschen, die in Deutschland um Asyl bitten, helfen: Indem er beim Sachen Aussortieren Brauchbares für Flüchtlinge zur Seite legt. Indem er sich informiert, Veranstaltungen besucht, auf denen neue Standorte für Flüchtlinge vorgestellt werden, um dort Hilfe anzubieten und sich mit den Asylsuchenden solidarisiert, indem er Pate wird und ehrenamtlich Sprachkurse oder Hausaufgabenhilfe für Flüchtlinge anbietet oder sie bei Behördengängen begleitet.

	CDU	DIE LINKE.	SPD	FDP	GRÜNE	PIRATEN
Soziale Aspekte bei Standort von Erstaufnahmeeinrichtung berücksichtigen	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Unterbringung von Asylsuchenden in eigene Wohnungen	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Bessere Finanzierung der sozialen Betreuung von Asylsuchenden	☹	☹	☹	☹	☺	☹
Sprachkurse für Asylsuchende ausweiten	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Einführung von Krankenhauskarten für Asylsuchende	☹	☺	☹	☹	☺	☺
Verbesserte psychotherapeutische Versorgung	☹	☺	☹	☹	☺	☺
Stärkere Maßnahmen um Pflegebedürftige zu unterstützen	☹	☺	☺	☹	☹	☹
Interkulturelle Öffnung im Gesundheits- und Pflegesektor	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Verbesserte Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Verbesserung der Arbeitssituation von ausl. Fachkräften und Hochschulabsolv.	☹	☺	☺	☹	☺	☹
Maßnahmen gegen Diskriminierung in Schulen	☹	☺	☺	☹	☺	☺

Es gibt in Dresden verschiedene Initiativen, die man ansprechen kann. Besonders hervorzuheben sind in meinen Augen einerseits das Netzwerk für Asyl, Migration und Flucht (NAMF), das sich als politisch unabhängige Interessenvertretung versteht, die auf Augenhöhe mit Betroffenen zusammenarbeitet. Ziel ist dabei die Abschaffung aller Benachteiligungen Geflüchteter. Sie sollten einen direkten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten (die Chipkarte zur Gesundheitsversorgung für Dresden ist eine Initiative unserer Fraktion), ihren

Wohnort und -Art selbst wählen dürfen und Zugang zu Sprachkursen bekommen. Das NAMF führt Informationsveranstaltungen und Aktionen durch und freut sich über neue Mitstreiter. Die zweite Initiative, der KAMA e.V., geht einen anderen Weg: Flüchtlinge und AsylbewerberInnen sind hier Experten, von denen wir etwas lernen können. „Die potenziellen Kursleiter_innen konzipieren nach eigenen Interessen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Erfahrungen die Kurse“ heißt es auf der Homepage der Aktivisten. Auch KAMA freut

Ausschnitt einer Übersicht zu asyl-, migrations- und integrationspolitischen Positionen in Sachsen - zusammengestellt vom Netzwerk Asyl Migration Flucht Dresden (NAMF)

sich über Unterstützung. Wer Deutsch als Fremdsprache unterrichten möchte, kann sich an DAMF (Deutschkurse Asyl Migration Flucht) wenden, dort werden nicht nur ehrenamtlich Lehrende gesucht, sondern auch Wörterbücher.

Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, AsylbewerberInnen zu unterstützen. Wer nicht regelmäßig Veranstaltungen mit organisieren kann, sondern lieber direkt in Kontakt tritt oder kleinere Spendensammlungen organisieren möchte, kann auch dies tun.

Als Stadträtin und Mitglied im Ausländerbeirat sehe ich die Stadt in der Pflicht, die Hilfsangebote und Spenden zu koordinieren. So wenig wie die Unterbringung nebenbei zu bewältigen ist kann die Vermittlung von Hilfsangeboten komplett ehrenamtlich geleistet werden. Als Ansprechpartner wurde vom Sozialbürgermeister Seidel dafür das Sächsische Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden (SUFW) empfohlen.

Die Integration von MigrantInnen muss von Anfang an beginnen; sie brauchen Sprachkurse und eine Perspektive. Willkommenskultur darf es nicht nur für Fachkräfte geben, sondern für alle Menschen!

Bleiberecht ist Menschenrecht!

Asyl ja, aber nicht bei uns?

von Martin Hilbig

Eigentlich hatte ich mir meine erste Sitzung im Ortsbeirat Prohlis anders vorgestellt. Wenn sich normalerweise nur beratend über Straßenrenovierung und Kinderfeste unterhalten wird, lockt dies in der Regel nur wenige Bürger_innen in die öffentlichen Sitzungen. Als ich aber kurz vor 17 Uhr in den Prohliser Bürgersaal wollte, musste ich mich zunächst durch eine dicht gedrängte Masse an Menschen drängeln, welche noch vor dem Sitzungsraum auf Einlass wartete. Über 150 Menschen saßen und standen teilweise noch bis vor die Tür des für 80 Leute ausgelegten Saales, um dem ersten Tagesordnungspunkt beizuwohnen. Grund für den Andrang war die Beratung über den „Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“, kurz die Schaffung von ca. 2.100 neuen Plätzen für Asylsuchende in Dresden. 60% sollen hierbei dezentral in Gewährleistungswohnungen geschaffen werden, der Rest in Übergangwohnheimen.

Zu Beginn stellte Sozialamtsleiterin Dr. Susanne Cordts die geplanten Maßnahmen vor. Für die Stadt bestehe angesichts der Unterbringungspflicht der Stadt und dem bereits eher knapp geschätzten Anstieg der Asylsuchendenzahlen die Notwendigkeit möglichst zeitnah Wohnraum anzumieten und verfügbare Objekte zu sanieren. Andernfalls



Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM) / pixelio.de

müssten Notunterkünfte, beispielsweise in Turnhallen, errichtet werden. Angebote der Stadt, Projekte und Vereine zur Integration der Asylsuchenden wurden ebenfalls vorgestellt. Anschließend hatten zunächst die Ortsbeirat_innen die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen. Nachgefragt wurde hier nach der Anzahl des Betreuungspersonals, der Lage auf dem Wohnungsmarkt und der Verteilung auf die einzelnen Stadtteile. Die SPD brachte einen Änderungsantrag zur Auswahl und Schulung des Wachpersonals hinsichtlich sozialer und interkultureller Kompetenz ein. Dann ging es in die offene Diskussion. Besonders heftig wurde über das Übergangwohnheim auf der Lockwitztalstraße und die Clearing-Stelle auf der Heidenauer Straße diskutiert. Der Ton der Veranstaltung wurde von nun an unangenehmer.

„Asyl ja, aber nicht bei uns“ schien der Konsens des Publikums zu sein. Mit den Asylsuchenden wurden in erster Linie die Gefahr von Gewalt, Diebstahl und Wertverlust der Grundstücke in Verbindung gebracht, kein_e einzige Bürger_in sprach sich positiv oder aufgeschlossen gegenüber den anstehenden Herausforderungen aus. Einzig positiv bleibt festzuhalten, dass zumindest das Konzept der dezentralen Unterbringung einen großen Rückhalt in der Bevölkerung besitzt. Neben die besorgten und ängstlichen Stimmen drängten sich auch zunehmend rechte und rassistische Töne. „Da wird Ihnen morgens das Fahrrad geklaut und abends für 30 Euro wieder angeboten.“ oder „Die jungen Männer wollen ja auch heiraten. Da habe ich die Kinder in zwei bis drei Jahren vor Augen.“ Häufig wurden solche Kom-

mentare auch von einer Vielzahl der Bürger_innen beklatscht. René Despang von der NPD hatte sichtlich Heimspiel und drohte zweideutig, wenn es keine Möglichkeit zur Ablehnung gebe, werde man notfalls dagegen kämpfen.

Nach zwei Stunden Debatte nahm der Ortsbeirat die um den Änderungsantrag ergänzten Vorlage gegen die Stimmen der NPD und AfD und bei zwei Enthaltungen der CDU an. Auf Grund des dringenden Handlungsbedarfs wird es auch in anderen Ortsteilen für alle demokratischen Parteien keine Alternative zur Annahme geben. Insbesondere für DIE LINKE. wird nun angesichts der großen Skepsis in der Bevölkerung wahrscheinlich die außerparlamentarische Arbeit in der Asylpolitik an Bedeutung gewinnen. Um eine Willkommenskultur zu schaffen, müssen wir verstärkt auf der Straße werben und Initiativen zur Integration aktiv unterstützen. Gemeinsam mit Vereinen und den Geflüchteten müssen wir den kulturellen Austausch in den Stadtteilen mitorganisieren. Eine solche aktive Einmischung würde sowohl den Asylsuchenden als auch den Anwohner_innen helfen, mentale Barrieren zu überwinden, Ängste abzubauen und zu entkräften und dem Rechtspopulismus somit seine Grundlage zu entziehen.

Martin Hilbig ist LINKE-Ortsbeirat in Prohlis